

# Giliiers Beilage

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Aufändigungen nimmt die Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegen. Bezugspreis: Vierteljährig K 18.—, halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—. Fürs Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 70 Heller.

Nummer 5

Gilli, Donnerstag den 22. Jänner 1920

2. [45.] Jahrgang

## Wirtschaftspartei und Kriegsleihe.

Die Wirtschaftspartei kann den ersten Erfolg verzeichnen. Laut Meldung des anderen hiesigen Blattes hat hier vor kurzem eine slowenische Versammlung stattgefunden, in welcher auch über die neue Organisation gesprochen wurde. Die Stimmung der Versammlung gegenüber der Wirtschaftspartei hat sich in zwei Einzelheiten erschöpft. Erstens wurde gelacht und zweitens das Eintreten der Partei für die Kriegsleihe bekräftigt. Das Lachen mag, wenn es vom Herzen kommt, befreiend wirken; wenn es aber erzwungen ist, so verrät es nicht Ueber-, sondern Verlegenheit. Daß kein anderer Punkt des reichhaltigen Programmes bemängelt werden konnte, bezeugt, daß die Wirtschaftspartei auf solider Basis aufgebaut ist. Bleibt also die Frage der Kriegsleihe.

Der Feldzug gegen die Kriegsleihe entspringt nicht einer ernsthaften Polemik, sondern wird als Marsch gegen die deutsche Minderheit verwendet. Man braucht deutsche Stimmen und weiß sie zu schätzen. Darum verbirgt man das Schwert unter dem Mantel.

Schon der alte Cäsar kannte ein probates Mittel für die Kriegsführung: er ließ die Kampfscharen vor dem Sturm mit Schnaps berauschen. Auch im politischen Kampfe ist, wie Figura zeigt, das Mittel, mit berauschten Phrasen Stimmung zu erzeugen, noch immer nicht verbraucht.

Die Kampagne gegen die Kriegsleihe ist ein künstliches Gepolier und kann einer ernstlichen Beweisführung nicht standhalten. „Dundoviel Tausende Slowenen haben ihr Scherlein in Kriegsleihe

angelegt und mit dem Patriotismus einen persönlichen Vorteil zu verbinden geglaubt. Slowenische Geldinstitute haben Kriegsleihe gezeichnet und die slowenischen Zeitungen zumindest in den ersten Kriegsjahren fleißig die Werbetrommel gerührt. Es mag ja zutreffen, daß das patriotische Gefühl in vielen Fällen eine Lünche war, unter welcher andere Wünsche und Bestrebungen verborgen waren. Aber eine Handlung, die unter gewissen Umständen vorgenommen wurde, kann trotzdem lobenswert und rühmlich sein, auch wenn geänderte Zeitverhältnisse die irrige Voraussetzung aufdecken. Das Pathos der Ehrlichkeit und die Gebärde der Ueberzeugung, die jetzt da und dort gemimt werden, werden Lügen gestraft durch die Wucht der Tatsachen.

Die Beratungen der Parteien werden nicht wie die Ertraden der Wählerversammlungen von der Rücksicht auf demagogische Wirkungen diktiert. Die slowenischen Parteien sind durchaus nicht einig über die Behandlung der Kriegsleihe; in Kroatien wird überhaupt von der gesamten öffentlichen Meinung die vollwertige Einlösung der Kriegsleihe gefordert. Und dies mit Recht!

Für jeden wirtschaftlich denkenden Menschen ist es klar, daß die Kriegsleihe von der alten Monarchie zur Abschöpfung der Banknoten aufgelegt wurde. Wäre keine Kriegsleihe gezeichnet worden, so hätte halt die Notenpresse intensiver gearbeitet. Ein Mißerfolg bei den Kriegsleihen hätte den Donaufstaat wohl nicht vernichtet, sondern bloß eine größere Banknotensfülle gebracht. In diesem Falle trüge gewiß niemand Bedenken zu fordern, daß das umlaufende Papiergeld al pari eingelöst werde.

Aber selbst angenommen, Oesterreich-Ungarn wäre am Widerstande der Bevölkerung, Kriegslei-

he zu zeichnen, bereits im Jahre 1917, 1918, 1919 zerfallen: kann jemand in diesem Staate, dessen Urteil nicht durch geschichtliche Unkenntnis getrübt ist, im Ernste glauben, daß die südslawischen Stämme die erhoffte Einigung zu einem früheren Zeitpunkt hätten erreichen können? Wenn die Kriegsleihe tatsächlich die Kriegsbauer verlängert hätten, so wäre die Schlussfolgerung begründet, daß gerade ihre günstigen Ergebnisse die Verwirklichung der südslawischen Aspirationen angebahnt haben. Die Zeichner der Kriegsleihen verdienen nach dieser Beweisführung Lob und Anerkennung, nicht aber Tadel und Strafe.

Die Kriegsleihen waren, wie man während des Krieges so häufig hörte, ein patriotisches Geschäft. Die Bevölkerung war von der Idee durchdrungen, daß ihr Papiergeld, vor dem heute jeder davonläuft, vom Staate mit Zinsen und Zinseszinsen vollwertig würde eingelöst werden. Sie hat aber auch noch andere Leistungen vollbracht, die für den Staat viel wertvoller waren als die trägerischen Scheine. Die Hingabe von Leben und Blut, die Vierung von Vieh, Getreide und Heu, die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Betriebes, die geistige Tätigkeit in der Presse und in Militärkanzleien usw., das sind die Leistungen, welche der wankenden Monarchie stets neue Kraft zugeführt und ihren Bestand bis zum Stadium des Zerfalls verlängert haben. Hier winkte keine Aussicht auf Gewinn, hier drohte Gefahr, Verlust, Krankheit und Tod. Hätte sich die Bevölkerung gegen diese Opfer gestemmt, so hätte sie das Schicksal der Monarchie mit schlagartiger Wirkung besiegeln können. Wo staken damals die Helden, die heute gegen die Kriegsleihe homerische Kriegsrufe ausstoßen? Kämpften

## Die kleinen Diebe

Durch eine einsame, schwach beleuchtete Straße eilt sie, eine graziöse, junge Dame, dicht verschleiert. Er, polverhübt folgt ihr nach.

Sie bleibt lachend stehen: „Sie verfolgen mich so ausdauernd, Herr Doktor Blank. Für wen halten Sie mich denn?“

Er: „Als ob ich Sie nicht längst erkannt hätte, Fräulein Lilli. Der Schariblick des Rechtsanwaltes durchdringt das dichteste Visier. Dazu Ihr unvergleichlicher Gang, die schicke Haltung.“

Sie: „Wollen Sie mich wirklich nur festhalten, um mich anzukomplimentieren? Die Zeit ist schlecht gewählt. Ich eile.“

Er: „Wohin denn?“

Sie: „Ich stürze zur Anprobe. Meine Schneiderin hält an Pünktlichkeit wie ein Theaterkassier.“

Er: „Sie kommen zu spät. Die Ladenpforten sind schon geschlossen.“

Sie: „Nicht für mich. Es wird ein Abendkleid gekauft, das braucht Belohnung.“

Er: „Ach so! Doch vergeben Sie, daß ich Ihre Hauptpläne störe. Ich muß dringend nochmals Helene wegen mit Ihnen sprechen.“

Sie: „Aha! Doch ich's doch. Sie Verteidiger der Unschuld! Es ist verlorenes Liebesmüß. Ich und meine Freundinnen müssen Helene gegenüber aus dem gewählten Standpunkt beharren. Ich erkläre Ihnen das doch schon so gründlich!“

Er: „Wie, Ihr wollt wirklich grausam genug sein, die arme Kleine weiter zu boykottieren? Sie findet überall vertrieffene Lären.“

Sie: „Ihre eigene Schuld. Warum kompromittiert sie sich offiziell diese Unvorsichtige!“

Er: „Ein so unbedeutender Verstoß gegen den guten Ton.“

Sie: „Es war eine grobe Gewalttat. Helene hat den Schein verlegt. Man fand sie nach stundenlangem Suchen à la Dämonia mit Alfred Lenz im verdunkelten Garderoberraum. Er hatte von seinen Kriegsfahrten erzählt. Als junger Literat versteht er, Wahrheit und Dichtung effektiv zu verbinden. Ich selbst war zwar von Helenes platonischer Verzückung völlig überzeugt. Doch die kleinen Diebe werden nur einmal gehängt und die elektrisch geladene Jourgemeinschaft lechzt nach einem Opfer. Man erwartete den Ausbruch einer Verlobung.“

Nun ist Fred allerdings keine Partie. Dennoch setzte sich Helenes Mama tapfer in Positur. Sie hielt schon den geschliffenen Segen zum Angriff parat. Alfred hätte sich kaum gewehrt. Da fiel ihr der Etappre selbst in den Arm. Gewiß erkannte sie mit richtigem Instinkt, ihre Mitschuldiger wäre zwar zum interessanten Freund, nicht aber zum idealen Gatten prädestiniert und eine Ehe ohne Betriebskapital erschien ihr keineswegs verlockend. So wurde die Verlobung in eine eiskalte Tabu! Pannpflanze von allen Seiten! Wir weblerzogenen Töchter werden vor Helene gewarnt. Sie ist gerichtet. Ohne Tee und Sandwich nach der Eisreploid deponiert. Und ich sollte für ihre Verdrehung plädieren? Wie kommen Sie überhaupt auf diese Idee? Gewiß weiß ich selbst mit Alfred kokettiere? B. darf es erst einer Versicherung, daß dieser Flirt völlig harmlos ist. Fred'sch liest zuweilen eigene Verse. Er fasziniert. Ja lasse mich dann von Kunstbegeisterung ansteifen.

Aber ich weiß rechtzeitig zu stoppen. Sie kennen mich doch!“

Er: „Wenn Sie Ihre Gefühle ebenso zu meistern verstehen wie Ihre rhetorischen Gaben. Alle Achtung!“

Sie: „Ich habe beides, denn auch wir Mädchen der guten Gesellschaft erhitzen uns jetzt zuweilen in öffentlichen Diskussionen. Doch halten wir dabei Zucht und Sitte immer noch am Schnürchen fest und das tut rot zur Zeit allgemeinen Zusammenbruchs. Glauben Sie mir! Uebrigens bin ich am Ziele angelangt. Leben Sie wohl!“

Er liest das Firmaschild über dem Hauseingang: „Also hier ist der Schöpfungssaal. Wenn ich dieses Geheimnis nun preisgebe?“

Sie: „Ich bitte um Diskretion. Ich genieße hier allerlei Privilegien und erfahre Humanität in Preisfragen.“

Er: „Es sei. Ich gelobe zu schweigen! Doch darf ich Sie nicht erwarten?“

Sie: „Lieben Sie Ihre Ritterlichkeit nicht wieder zu weit. Wollen Sie zum Loggenburg erstarrten? Nein, nein. Noch harren würdigere Aufgaben. Adieu! Auf baldiges Wiedersehen! Sie verabschiedet sich lachend. Doktor Blank bleibt standhaft auf dem Posten.

Schließlich, schon nervös, stürmt er per Lift nach dem Schneideratelier. Allein Lilli ist hier völlig unbekannt. Beblüßt steht er vor diesem Phänomen und bald darauf vor der Visitantentabelle im Vestibül. Hier buchstabiert er langsam „Alfred Lenz.“ Da geht ihm ein Blitzlicht auf und er entfernt sich betroffen.

Emma Rosenfeld.

sie an der Front? Machten sie Kriegsgeschäfte im Hinterlande? Jedenfalls beteuerten auch sie solange ihren Patriotismus, bis das ganze Staatsgefüge ins Gleiten kam. Hinterher den Propheten zu spielen, ist keine Kunst.

Die Zeichnung der Kriegsanleihe war, wenn die Kriegspsychose der Bevölkerung in Betracht gezogen wird, eine naturgemäße Erscheinung; sie ist auch in keinem kriegsführenden Staate unterblieben und wird auch in künftigen Kriegen klärllich in Anspruch genommen werden. Wer für sein Vaterland, und mag es welches immer sein, fühlt und arbeitet, der sollte sich hüten, eine Hege gegen die Kriegsanleihe zu entfesseln. Denn wenn das Vertrauen des Volkes in den Kredit eines Staates erschüttert ist, so könnte Aengstlichkeit und Mißtrauen einmal böse Folgen zeitigen, wenn der neue Staatsbau, — wovor uns ein gütiges Geschick bewahren möge, — in Kriegsnot und Bedrängnis geriete. Die Volkspsyche bewegt sich nicht in Schnörkeln und Erjahrung ist zuweilen ein gefährlicher Lehrmeister.

Wer Kriegsanleihe gezeichnet oder dazu geraten hat, braucht sich keine Vorwürfe vor seinem Gewissen zu machen. Aber unnötig und unverantwortlich war es, die Banknotenfülle durch verfehlte Maßnahmen, wie es die Abstempelungen waren, zu vermehren. Milliarden von fremden Noten sind durch die leichtfertige und gewissenlose Art der Abstempelungen ins Land gelockt worden und ihre Gesamtziffer übersteigt die Summe der im Staate befindlichen Kriegsanleihen um ein Bedeutendes. Unnötig und unverantwortlich war es auch, mit der Valutaregelung fünf Vierteljahre zu zögern und sich jetzt mit einem Provisorium zu begnügen. Wir haben die Waren im Auslande zu teuer eingekauft, weil unsere Banknoten zu gering gewertet wurden, und unsere Produkte zu billig abgegeben, weil unsere Valuta vom eigenen Staate nicht anerkannt war. Wir haben unsere Arbeitsleistungen um ein Viertel ihres Wertes verrichtet zu Gunsten jener Staatsgebiete, wo die gute Währung zirkuliert. Und es wird uns noch manche Milliarde kosten, bis die Valutaregelung endgültig durchgeführt und unsere Arbeit dem Verdienste gleichgestellt sein wird.

Wenn Gericht gehalten wird über die Aufnahme von Kriegsanleihen, so muß gleichzeitig ein Spruch gefällt werden über jene, welche an unserer Valuta durch länger als ein Jahr aus weiß Gott welchen Gründen gesündigt haben und noch immer sündigen; dann müssen auch die zur Rechenschaft gezogen werden, welche dem Volke in verbrecherischer Weise Milliarden und Milliarden verspielt haben.

Ist aber die Zeichnung von Kriegsanleihe wirklich ein Verbrechen, so strafe man konsequenter Weise auch alle, die sich daran beteiligt haben. Man schließe die Kriegsanleihezeichner aus allen Parteien aus, man nehme ihnen das Wahlrecht und setze sie für die Zeit der Wahl hinter Schloß und Riegel! Wir sind überzeugt, man wird dann nicht einmal die Wahlkommissionen für Slowenien zusammenbringen.

## Staatwirtschaft — Volkswirtschaft.

Von fachmännischer Seite.

An Einzelvorschlägen für eine bessere Staatsfinanzwirtschaft hat es im alten Staate Österreich nie gefehlt, hingegen immer an dem Willen der Finanzverwaltung, Anregungen, die von außen kamen, anzunehmen und an eine gründliche Umgestaltung zu schreiten. Alles, was geschah, war elendes Flickwerk an veralteten Grundlagen, deren große Mängel dadurch nie behoben wurden. Sowie ein Umbau neue Fundamente braucht, wenn er den geänderten Bedürfnissen entsprechen soll, so braucht auch die Staatsfinanzwirtschaft zeitgemäße neue Grundlagen, die geeignet sind, zweckmäßig ausgebaut zu werden.

Mit der Einführung der Personaleinkommensteuer ist ein solider Pfeiler aufgestellt worden, dessen Tragfähigkeit vielfach weit unterschätzt wurde. Der Staat braucht zur Bestreitung der Verwaltungskosten ungeheure Summen. Die Bevölkerung bildet den Staat, sie regiert sich selbst und muß für die nötigen Leistungen auskommen. Abgaben aber können naturgemäß nur vom Einkommen bestritten werden, mag es welcher Art auch immer sein.

Daß das Einkommen progressiv zu besteuern ist, braucht nicht begründet werden.

An wichtigsten Steuern zählten wir in Friedenszeiten etwa zwanzig. Davon sind als widersinnig zu streichen die Grundsteuer, Hausklassensteuer, Hauszinssteuer, allgemeine Erwerbsteuer, Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und Rentensteuer, weil sie sämtlich nichts anderes als umschriebene Personaleinkommensteuern sind. Diese Steuern betragen im Jahre 1912:

Grundsteuer . . . . .	„	52,978.786
Hausklassensteuer . . . . .	„	10,739.394
Hauszinssteuer . . . . .	„	91,756.892
Allgemeine Erwerbsteuer . . . . .	„	36,511.078
Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen „		75,704.887
Rentensteuer . . . . .	„	13,152.562

Zusammen R 280,843.599

Die zur Personaleinkommensteuer unbekanntes Einkommen betragen im Jahre 1913 Kronen 6.641,884.503. —; demnach würde eine nur fünfprozentige Mehrabnahme aus den unbekanntes Einkommen den Betrag von R 332,094.225, also ein Plus von R 51,250.626. — gegenüber den anderen angeführten sechs Steuerarten ergeben. Alle diese Zahlen beziehen sich, wie erwähnt, auf die Jahre 1912/13. Heute wären die Ziffern insolge der Geldentwertung natürlich ganz anders. Aber da seither die Einkommen, sicher gering gerechnet, um das Dreifache, die der Arbeitslöhne um das Zehn- und Mehrfache gestiegen sind, so müßten sich bei richtigem Verfolge und richtiger Erfassung naturgemäß auch die Einnahmen des Staates im selben Verhältnis erhöht haben.

Welche Last an unfruchtbarer Arbeit durch das Anlassen der genannten Steuern dem Staate abgenommen und wie viele dadurch freigewordenen Kräfte sich dem Verfolge des Einkommens widmen könnten, wird wohl allgemein begreiflich sein.

Eine der ungerechtesten Steuerarten ist unzweifelhaft die Hauszinssteuer, deren Abbau schon seit Jahrzehnten ins Auge gefaßt ist. Der Hauszins unterliegt einer Steuer an Staat, Land und Gemeinde von ungefähr 50%; der R. st. davon fällt zudem noch ins sonstige Einkommen oder ins Einkommen überhaupt und wird von der Einkommensteuer je nach der Höhe betroffen. Zur Veranschaulichung des Unrechtes diene folgendes Beispiel. Für das Jahr 1918 wurde die Einkommensteuer mit dem höchsten Zuschlag von 15% für das Einkommen von R 10.000 bis 11.000 mit R 313.95 bemessen. Resultiert aber das Einkommen von R 11.000 aus Hauszins, so muß dafür eine Abgabe von ca. R 5.500. — und die Einkommensteuer von „ 115.58

zusammen R 5.615.58

gezahlt werden, also um R 5.301.63 mehr als von einem beliebigen anderen Einkommen. Ein anderes Beispiel. Ein Hausbesitzer nimmt für eine vierzimmerige Wohnung jährlich R 1.200 ein. Dafür kann er sich, wenn er Glück hat, heute 3 Paar Schuhe kaufen. Da er nun von diesen Erträgnissen die Hälfte an Steuern abzuführen hat, so reicht der ihm verbleibende Rest für wohlgezahlte 1½ Paar Schuhe hin, die er sich im Frieden um R 30 hätte beschaffen können. Daraus geht hervor, daß der Hausbesitzer, in Friedenswerten ausgedrückt, für eine vierzimmerige Wohnung monatlich die Riesensumme

von sage und schreibe R 2.50 bezieht. Dabei ist dieses Spiegelbild nur aus der etwa 20% betragenden Mittellage der allgemeinen Verteuerung gegriffen. Es ist aber bekannt, daß Dinge des unumgänglichen täglichen Bedarfs, wie Nahrungsmittel, Kleider, Haus- und Landwirtschaftsgeräte und viele andere zum Teile schon eine hundert- und mehrfache Preissteigerung erfahren haben.

Kann das haarsträubende Unrecht, das den Hausbesitzern durch das Mieterschutzgesetz angetan wird, noch sinnvoller dargestellt werden? Niemand kümmert sich darum oder will sich darum kümmern, daß auch er um das Zwanzig- bis Dreißigfache teurer lebt und seinen Besitz in Stand halten muß. Nicht jeder Hausbesitzer hat auch einen Nebenerwerb, für Soudsovielle ist das Haus ihre Altersversorgung. Es wäre für sie schon eine gewaltige Entlastung, wenn sie wenigstens die gesamten Abgaben auf die Mielparteien übertragen und aus den Zinsbeiträgen die Instandhaltung des Objektes bestreiten könnten.

Weiters bietet sich einer umsichtigen Finanzverwaltung eine günstige Gelegenheit zu einer gleich segensreichen Betätigung für Staat und Volk in der Verstaatlichung der verschiedenen Versicherungszweige. Die Versicherung gegen Feuer, Krankheit, Invalidität und Alter sollte, wo dies zutrifft, obligatorisch eingeführt werden. Ist es notwendig, daß Soudsovielle Agenten herumlaufen, um zu werben, wo doch der Staat durch sein Eingreifen mit Leichtigkeit alles unter einen Hut bringen und dadurch eine soziale Forderung ersten Ranges erfüllen könnte? Sind die Konzessionen an die diversen Versicherungen bis zum jüngsten Tag verliehen? Müßten die Beamten dieser Anstalten deshalb ihrer Stellungen verlustig gehen? Nein und wieder nein ist die Antwort auf alle diese Fragen. Denn die Konzessionen können auf Gesetzeswege geregelt, die Beamten durch Uebernahme in den Staatsbetrieb in ihrer Existenz und in ihrem Fache erhalten bleiben. Der Versicherungszwang ist ein Gebot der modernen Zeit und würde sich sicherlich bald einleben. Diese Abgabe würde zweifellos größeren Sympathien begegnen als irgend eine andere Steuerlast, da im zutreffenden Falle jedem Versicherten die Entschädigung verbürgt wäre. Da die Versicherung durch die Einzahlung einer ungeheuren Masse fundiert und beispielsweise durch Feuerschaden, Krankheit, Invalidität und Alter nur zum geringen Teile abgeschöpft würde, so könnten die Prämien auf eine verhältnismäßig unbedeutende Stufe reduziert werden. Durch solche kleine Leistungen könnte sich jeder Staatsbürger einen Sparspennig für die Tage der Not zurücklegen; aber auch dem Staate wäre eine wertvolle Einnahmsquelle erschlossen.

Die Einbringung der Prämien sollte ruhig den Arbeitsgebern übertragen werden, wie dies jetzt schon bei Besoldungssteuer, Privatbeamtenversicherung, Kranken- und Invalidenkasse der Fall ist. Schlagworte wie „es geht nicht, das Volk ist dazu nicht reif usw.“ sind nicht am Plage; sie bemänteln bloß den Mangel an Willen und Verständnis für die Sache und bekunden Trägheit und Energielosigkeit. Das Volk, das diesen Krieg überstanden, soviel Unrecht und Bedrückung standhaft erduldet hat, das hat seine Reife und Tüchtigkeit einwandfrei dargetan. Gerechte, vernünftige Maßnahmen greifen rasch durch, ihre Wirkungen sind Wohltaten. Also herunter von dem alten, müden Amtschimmel, hinauf auf ein frisches, trag- und zugfähiges Ross, los auf bessere Ziele, soweit sie eben erreichbar!

## Politische Rundschau.

Inland.

### Der Rüstungszwang gegen Italien.

Im Slovenski Narod führt ein militärischer Fachmann aus, daß unsere gegenwärtigen Grenzen gegen Italien nur mit großem Kostenaufwand be-

festigt werden könnten, ohne die Gewähr der Verteidigungsfähigkeit zu bieten. Die Hauptstadt Laibach stünde am ersten Tage der kriegerischen Verwicklungen unter feindlichem Geschützfeuer. Als einzige verteidigungsfähige Linie komme die Linie Savetal Laibach und das Reifnitzer-Gottscheer Becken bis zur Kulpa an der kroatischen Grenze in Betracht. In diesem Falle müßte nach Kriegsausbruch fast ganz Slowenien evakuiert werden. Wenn die jetzigen Grenzen bestehen bleiben, würden beiden Staaten so gewaltige Rüstungskosten auferlegt werden, daß eine Erleichterung nur durch einen baldigen neuen Krieg geschaffen werden könnte.

**Zur Valutareform.**

Der Ministerrat hat beschlossen, den Verwaltungsrat der Nationalbank durch sechs Vertreter aus den neu befreiten Gebieten zu vervollständigen.

**Ausland.**

**Wiederaufnahme der deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen.**

England hat alle wirtschaftlichen Maßregeln gegen Deutschland aufgehoben. Die deutsche Valuta notiert wieder an der Londoner Börse.

**Die Gründung einer tschechischen Nationalkirche.**

Vor kurzem wurde in Prag eine vom tschechischen Klerusverein Jednota einberufene Versammlung abgehalten, bei der die Gründung einer tschechischen Nationalkirche mit 140 gegen 66 Stimmen beschlossen wurde. Die Führer der neuen Richtung sind der frühere Pfarrer Zahradnik-Bodsky und der frühere Religionsprofessor Dr. Jarsky. Die tschechische Regierung billigt und fördert diese Bewegung.

**Eine Niederlage Clemenceaus.**

Zum Präsidenten der französischen Republik wurde Paul Deschanel gewählt. Der Ministerpräsident Clemenceau, der gleichfalls Kandidat war, blieb in der Minderheit. Mit ihm ist der größte Hasser der Fäulnis und der größte Schädling an Kultur und Menschheit in die Verrentung gefallen. Wenn einmal der unmittelbare Einfluß seiner Person auf dem Welttheater geschwunden ist, dann wird das Unheil, das er angerichtet, sich in schauriger Größe offenbaren. Die Ränke dieses Mannes in der Adriafrage werden, wie es scheint, die Südflawen noch schwere, blutige Opfer kosten.

**Die Einberufung der Völkerbundrates.**

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat den Rat des Völkerbundes einberufen. In der ersten Sitzung soll die Kommission ernannt werden, welche die Grenzen des Saargebietes und der Freistadt Danzig festsetzen soll.

**Aus Stadt und Land.**

**Todesfall.** Frau Pauline Jagl, geb. Rauch, ist am 17. d. nach langem, schwerem Leiden im 63. Lebensjahre verschieden.

**Die feierliche Rekrutenbeeidigung in Cilli** wurde vor einigen Tagen vorgenommen. Der Bataillonskommandant Herr Major Vojislav Dj. Kostic hielt eine zündende Ansprache, in welcher er anführte, daß noch Trist, Odiz und Frume der Erlösung trarren. An der Beeidigung beteiligten sich 2000 Rekruten.

**Die neue Bergschule**, die in dem ehemaligen Deutschen Studentenklub untergebracht ist, hat für Mist und Kehricht eine neue Ablagerungshütte gefunden. Man beliebt, durch einen Blick in den vorbeistießenden Dornbach sich hiervon zu überzeugen!

**Das Marburger Notgeld** wurde von der Delegation des Finanzministeriums in Laibach mangels der notwendigen Deckung für ungültig erklärt. Die öffentlichen Kassen wurden angewiesen, dieses Papierkleingeld nicht an Zahlungstatt anzunehmen.

**Eine Protestversammlung der Fleischauger ganz Sloweniens** fand Sonntag den 18. d. im W. St. Dom in Laibach statt. Als erster Redner schilderte Herr Mat. Zan, Vorsteher der Fleischauger Genossenschaft Laibach, die schwere Lage des Gewerbes. Hierauf ergiess Herr Kobernagel, Vorsteher der Fleischauger Genossenschaft Cilli, zu längerem Ausführungen das Wort. Er gerietel das Vorgehen der Regierung, welche für Fleisch und Rohhäute Höchstpreise vorschreibe, den Einkauf von Vieh aber freilasse. Auf diese unsinnige und unverständige Weise werde der ganze Fleischaugerstand an seiner Entwicklung schwer geschädigt, ja zum

Teil direkt in seiner Existenz bedroht. Da jedoch in Kroatien keine Höchstpreise normiert seien, werde das Vieh in Masse aus unseren Gebieten nach Kroatien verschleppt, wo das Fleisch zu bedeutend höheren Preisen verkauft werde als in Slowenien. Aber auch bei uns seien die Fleischpreise verschieden und weisen stellenweise einen Unterschied von 8 K per Kg auf. Nachdem noch mehrere andere Genossenschaftsvorsteher das Gebaren der Regierung in scharfen Worten kritisiert hatten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher folgende Forderungen gestellt wurden: 1. Gleichstellung Sloweniens mit Kroatien hinsichtlich der Höchstpreise bzw. deren Abschaffung; 2. Öffnung der Viehmärkte in ganz Slowenien und 3. Auflösung der Viehverwertungsgesellschaft in Laibach. An der Versammlung hatten sich über 400 Fleischauger aus allen Teilen Sloweniens beteiligt.

**Der bekannte deutsche Politiker A. H. Wolf** hat dieser Tage in Trautau eine stürmische Wählerversammlung, die schließlich aufgelöst wurde, weil der Redner entfernte Ziele andeutete, abgehalten. Man sieht, der böhmische Löwe läßt sich von einem Wolf nicht ins Bockshorn jagen. Der Mann kann ungehindert seine Ideen verbreiten und der tschechische Staat geht dennoch nicht in Trümmer.

**Stoßseufzer eines Serben.** Ein Freund unseres Blattes, der vor einigen Tagen aus Belgrad zurückgekehrt ist, erzählt uns, daß in den Gast- und Kaffeehäusern folgender „Stoßseufzer eines Serben“ die Runde macht: Sechs Jahre haben wir gebraucht, Gut und Blut, Arbeit und Geld haben wir aufgewendet, um die Feinde aus unserem Lande zu vertreiben; wie lange aber wird es dauern und welche Opfer wird es uns kosten, bis wir uns unserer teuren Freunde entledigen werden?

**Das Tragen militärischer Uniformen**

(vergl. amtlich: Verlautbarung im Anzeigestell!) ist zufolge Verordnung des Ministeriums für Heer und Flotte vom 10. September 1919 für Zivilpersonen verboten. Gegen Zuwiderhandelnde wird im Sinne des Gesetzes aufs strengste eingeschritten werden. Unbemittelte Personen, denen infolge Mangels an Kleidern und Schuhen das Tragen der militärischen Uniform gestattet wurde, müssen alle Aufschläge, Sterne, Schnüre oder andere Abzeichen für Chargen, Waffen oder Truppenkörper abtrennen. Die ausführlicheren Bestimmungen dieser Verordnung sind in Nr 3 des Amtsblattes der Landesregierung für Slowenien vom 9. d. enthalten.

**Wirtschaft und Verkehr.**

**Kundmachung über Ausfuhrscheine.**

1.) Für eine Reisezehrung im Gesamgewicht von 5 Kg. ist keine besondere Bewilligung erforderlich. Als Reisezehrung gelten nur Brot, Käse, gefoltes, gekochtes oder gebratenes Fleisch, Eier, Butter, Konserven und Getränke. 2.) Ausfuhrscheine (izvoznica) werden nur an Staatsbürger des Königreiches SHS ausgegeben und nur auf Grund eines schriftlichen, mit einem 2 K-Stempel versehenen Gesuches. Beizulegen ist ein Briefumschlag mit der Anschrift der Partei und mit Marken, deren Ordnungsgemäß vidierte Kesselpaß, der Betrag von 10 K in gültig gestempelten Banknoten als Tage und von 20 H für das Formular. Auf mündliche Bitten dürfen keine Ausfuhrscheine mehr ausgestellt werden. Im Gesuche ist der Tag der Abreise anzugeben. Die Frist für die Ausfuhr von Lebensmitteln darf 10 Tage nicht überschreiten; eine Verlängerung ist ausgeschlossen. Neue Ausfuhrscheine können wieder nur im Gesuchswege erwirkt werden. Duplikate werden auch für verlorene Scheine nicht ausgestellt. Die Ausfuhrscheine müssen auch das Visum jenes Staates tragen, in welchen die Reise angetreten wird. 3.) Personen, auch fremde Staatsbürger, welche zum ständigen Aufenthalt ins Ausland übersiedeln, müssen dem Gesuche die Bestätigung der Gemeinde, bzw. der Polizeidirektion beischließen, daß ihnen die Wohnung gekündigt wurde und daß sie zum ständigen Aufenthalt ins Ausland aussiedeln. In der Bestätigung ist der genaue Tag der Uebernehmung zu vermerken und die Zahl der Familienmitglieder anzugeben. Weiters muß die Partei die Bestätigung der Gemeinde oder des Hausherrn vorlegen, daß sie die Lebensmittel tatsächlich schon im Voraus hat. Unzulässig ist es, sich erst auf Grund des ausgestellten Ausfuhrscheinens Lebensmittel zu beschaffen. 4.) Fremde Staatsbürger, welche ihre Besitzungen im Gebiete des Königreiches SHS bzw. diesseits der Demarkationslinie haben, sind berechtigt,

aus ihrem Besitz jene Menge von Lebensmitteln auszuführen, welche für den eigenen Verbrauch und für die Ernährung ihrer Familie notwendig ist, und zwar auf die Dauer eines Jahres. Jene Personen, welche Lebensmittel aus ihrem Besitz über die Staatsgrenze bzw. die Demarkationslinie ausführen wollen, müssen ein Gesuch an das Ministerium für Ernährung und Ländereveruerung (ministerstvo za prehrano in obnovo dezel) in Belgrad einreichen. Die darin anzugebende genaue Zahl der Familienmitglieder muß von der zuständigen Behörde bestätigt sein. Außerdem ist eine Bestätigung jener Behörde, in deren Bezirkshauptmannschaft der Besitz liegt, beizulegen, welche die Größe des Besitzes und des Ernteertrages sowie die Angabe zu enthalten hat, daß der Gesuchsteller tatsächlich Eigentümer des betreffenden Besitzes ist. 5.) An Flüchtlinge stellt ausschließlich das Ernährungsamt (odssek za prehrano) Ausfuhrscheine aus. Im Gesuche um Ausfuhr von Lebensmitteln und Vieh, das an die zuständige Bezirkshauptmannschaft zu richten ist, ist die Zahl der übersiedelnden Personen und des mitzunehmenden Viehes ersichtlich zu machen. Beizulegen ist eine Bestätigung des zuständigen Gemeindeamtes, daß die Partei die erwähnten Lebensmittel tatsächlich erarbeitet bzw. das Vieh bei der feinerzeitigen Evakuierung tatsächlich in die gegenwärtige Gemeinde mitgebracht hat.

**Die Einfuhrverbot von Vieh nach der Schweiz.** Da die Schweizer Regierung die Vieheinfuhr aus Oesterreich, Böhmen und Jugoslawien wegen der Maul- und Klauenseuche verboten hat, dürfen über Anordnung des Ackerbau-ministers die Tierärzte die für die Schweiz bestimmten Viehpässe weder beglaubigen, noch Viehverladungen an den Ausfuhrstationen gestatten.

**Getreideausfuhrzoll im Inlande.** Die Gemeinden in Kroatien, Slawonien, in der Batscha, kurzum in allen Getreideproduktionsgebieten, haben beschlossen, ihren Mühlen nur dann die Mehlausfuhr zu gestatten, wenn diese den minderbemittelten Gemeindegliedern das Mehl zum Höchstpreise, also um etwa ein Viertel der Marktpreise, abgeben. Daß unter solchen Umständen über die Hälfte der Bevölkerung in den Gemeinden sich als unbemittelt deklarieren wird, ist un schwer voraus zu sehen; und daß die Mühlen den Verlust, welchen sie durch diesen Ausfuhrzoll erleiden, auf den Ausfuhrpreis daraußschlagen werden und zwar wahrscheinlich eher mehr als weniger, liegt gleichfalls klar zu Tage. Wenn man weiß, daß unter Ausfuhr jedes Verlassen der Gemeindegrenzen gemeint ist, also z. B. auch der Transport nach Steiermark, so wird man an der Macht und Weisheit unserer Behörden füglich zweifeln können. Dabei erklären die dortigen Mühlen mit Recht, daß sie die Last der billigen Mehlabgaben in ihren Heimatgemeinden nur tragen können, wenn sie voll beschäftigt sind. Daraus folgt, daß nach Slowenien nur mehr verzolltes Mehl und kein Getreide kommen wird. Was das bedeutet, ist aus dem Unterschiede der Mehlpreise grell ersichtlich: bei uns kostet das Brotmehl 4 bis 5 K, drüben im Produktionsgebiete des Getreides über 6 K. Solche Erscheinungen müßten von einer einrichtigen und pflichtbewußten Behörde sofort bekämpft oder unwirksam gemacht werden. Doch bei uns ist nichts davon zu spüren. Die Behörden haben hierzulande noch immer die Aufgabe, „scharf auszulehren.“ Und so schwimmen unsere Industrie-Produkte, unsere Kohle, ohne Aufschlag hinüber. Da der Kaufmann jener gesegneten Gebiete außerdem auch noch beim Bezuge ausländischer Waren bevorzugt ist, so werden wir bald genötigt sein, auch unseren sonstigen Bedarf von dort zu decken, anstelle, wie wir es früher gewöhnt waren, direkt vom Auslande zu kaufen und unsererseits Geschäfte über die Sotla zu machen. Es will uns bedünken, daß nicht nur die Existenz der Deutschen, sondern auch jene der geschilderten Zustände einiger paar Schweifstropfen wert wäre.

**Bermischtes.**

Die Sitzung ist beendet. Aus Paris werden folgende Einzelheiten über die endgültige Unterfertigung des Friedens mit Deutschland berichtet: Die Herren Lersner und Simon wurden durch den Vorstand des Protokolls W. Martin in den Saal geführt. Clemenceau erklärte, daß der Text des Protokolls, welcher den Deutschen zur Unterschrift vorgelegt wurde, mit dem Text des ihnen am 2. November übergebenen Protokolls vollständig übereinstimme, und forderte die deutschen Delegierten auf, dieses diplomatische Schriftstück zu unterzeichnen.

Nach der Durchführung dieser Formalität reichten die Vertreter der Entente und die deutschen Bevollmächtigten einander höflich und kühl die Hände. Dieser erste Teil der historischen Zeremonie dauerte zehn Minuten. Hierauf wurden die deutschen Bevollmächtigten in den Uhrensaal geführt, wo die anderen Delegierten bereits versammelt waren. Das Protokoll über die Hinterlegung der Ratifikation wurde nach der alphabetischen Reihe unterschrieben, sodas Deutschland als erster Staat unterschrieb, hierauf Clemenceau, Lloyd George, Mittl. Als die letzte Unterschrift erfolgte, erhob sich Clemenceau und sagte: „Das Ratifikationsprotokoll des zwischen den Mächten der Entente und Deutschland abgeschlossenen Vertrages ist unterfertigt; von diesem Augenblicke ab tritt der Vertrag in Gültigkeit und muß in allen seinen Punkten durchgeführt werden. Die Sitzung ist beendet.“

**Schwere Zeiten.** Die alte Frau steht am Küchenfenster, als ein Lumpensammler in den Hof kommt. „Haben Sie alte Knochen?“ ruft er hinauf. — „Ja,“ antwortet die Frau, „alte Knochen habe ich schon, aber die brauche ich vorläufig noch selber!“ („Aus dem Schwedischen.“)

**Märchen.** Der Proletarier war lange zu Fuß gegangen, manchmal mühselig und keuchend, selten einmal leicht und froh, meist schlecht und recht vor sich hin. Aber immer schon war er dem Unternehmer neidisch gewesen, der in einer feinen Kutte, davor ein stattlicher Gaul namens „Kapitalismus“ gespannt war, stolz an ihm vorüberfuhr. Nach den vier Jahren Krieg nun war der Proletarier des Fußgehens besonders müde und beschloß, so oder so auch mal in der Kutte zu fahren. Er fiel also dem Gaul in die Zügel und ersuchte den Unternehmer in entschiedener Weise auszustiegen und ihm Platz zu machen. Der sperrte sich zuerst, schließlich aber mußte er dem unsanften Zwange folgen. Als er den Wagen verließ, mahnte er jedoch den Proletarier: „Nun gut, Sie haben jetzt ihren Willen durchgesetzt, aber hören Sie, nehmen Sie mir den Gaul in acht und treiben Sie ihn nicht zu toll an! Das Tier hat im Krieg doch nur lauter Ersatzfutter zu fressen gekriegt, und wie ihm der Friedenshafer anschlägt, ist auch noch nicht ausgewacht.“ „Ach,“ versetzte der Proletarier, „Sie gönnen mir bloß nicht, daß ich auch mal so schlanken Trob fahre wie Sie. Ich weiß schon, was ich einem Pferde zumuten darf.“ Er setzte sich also auf den Bock, aber „Kapitalismus“ wollte tatsächlich nur einen ganz flauen Schritt geben. Da gab ihm der Proletarier gehörig die Pritsche zu kosten und schürigelte und plackte das arme Vieh so lange, bis es mit einem Mal maufetot umfiel und alle Biere von sich streckte. „Sehen Sie,“ sagte der Unternehmer,

„hab' ich's nicht gleich gesagt?“ Aber der Proletarier erwiderte grob: „Wie ich Sie kenne, haben Sie den Gaul bloß dazu angestiftet.“ Das wollte der Unternehmer natürlich nicht haben, und sie stritten sich hin und her. Darüber fauste etwas an ihnen vorbei und hüllte sie in eine Wolke von Staub und Gestank. Das war der Schieber; er hatte sich ein Auto gekauft, fuhr darin spazieren und rauchte eine dicke Zigarre dazu.

**Ohne Schwertstreich.** Ich war noch nicht zwei Tage zur Rechtsanwaltschaft zugelassen, als der mir befreundete Zahnarzt Huckel mit einem Schock von Rechnungen kam. Ich sollte ihm die Gelder eintreiben, nötigenfalls mit Klage. Wir gingen die einzelnen Posten zusammen durch. Die größte Rechnung lautete auf einen gemeinschaftlichen Bekannten von uns, einen Floit und, wie allgemein angenommen wurde, über seine Verhältnisse lebenden Kaufmann, nennen wir ihn Rockner, der, wie man so sagt, ein Haus machte. „Rockner?“ sagte ich, „du, das kann ich nicht übernehmen, du weißt, ich verkehre selbst bei Rockners, die kann ich doch nicht verklagen.“ „Dann muß ich die Sache einem anderen Anwalt geben.“ „Lag das vorerst“, erwiderte ich, „nun du solange gewartet hast, wirst dir auf ein paar Wochen mehr auch nicht ankommen.“ „Was wirst du machen?“ „Das wirst du sehen, du kriest dein Geld ohne Schwertstreich. Wie, ist vorläufig mein Geheimnis.“ Ich hatte richtig kalkuliert. Der Vorwand zu einem Besuch bei Rockners war bald gefunden. Liebenswürdig wie immer, empfing mich die Gnädige und selbstverständlich kam die Rede bald auf meine junge Praxis. Ob ich denn auch schon etwas zu tun hätte? Oh, es macht sich, man hat doch seine Beziehungen und seine Freunde; erst gestern sagte mir der Zahnarzt Huckel, er habe eigens auf die Eröffnung meiner Praxis gewartet und eine Menge Klienten zusammenkommen lassen. Nächster Tage bringt er mir ein Schock Klagen.“ Tags darauf hatte Huckel sein Geld.

**Der Sparkocher.** Die große Not an Kohle brachte den Erfinder auf die Idee, einen Kohlenofen zu konstruieren, der im Verhältnis zu dem Verbrauch an Kohle bei einem Küchenherde große Ersparnisse erzielen sollte. Der Beweggrund und die unmittelbare Ursache bei dem Erfinder ist in der eigenen Kohlennot, die er in seinem Haushalte hart empfand, zu suchen. Es war vorauszuheben, daß man mit dem Spezi II in Großstädten zugewiesenen Quantum an Hausbrandkohle unmöglich ankommen konnte, da einerseits die Hausfrau die Speisen am Herde vorbereiten mußte, andererseits ja auch die Wohnräume geheizt sein sollten. Auf Grund vieler Versuche konstruierte der Erfinder ein kleines Ofchen, das geradezu einen wunderbaren Effekt in Bezug auf Kohlensparnis zeitigte. Die amtlichen Un-

tersuchungen, vorgenommen von einer Dampf- und Wasseruntersuchungs- und Versicherungsanstalt, bestätigten nicht nur die Erwartungen, sondern übertrafen sie sogar. Es wurde bei diesen Untersuchungen festgestellt, daß man bei der bewunderungswürdigen, einfachen Handhabung eine stammenswerte Ersparnis erzielt, und zwar in der Höhe von 71 bis 88 % und mehr. Der untere Rand dieses Ofchens hat einen Durchmesser von 200 mm und entspricht ungefähr dem äußeren Durchmesser des großen Herdringes auf der Herdplatte, ist 170 mm hoch und oben mit Ringen versehen, wie es sonst bei größeren Gasrechauds üblich ist. Dieser Kohlenofen- und Schnellkocher besitzt einen kleinen Kof, auf dem das Holz und die Kohlen liegen. Das Brennmaterial wird durch ein zusammengeknülltes Papier, welches in das Zugloch eingeschoben wird, zur Entzündung gebracht. Nun kann die Hausfrau durch das an dem Ofchen angebrachte Guckloch genau verfolgen, wann das auf diesem kleinen Kof aufgelegte Brennmaterial Feuer fängt. Eine einfache, aber sehr sinnreiche Führung des Zuges im kleinen Herde zwingt die heißen Flammen, zuerst den ganzen Boden des auf dem Kocher stehenden Gefäßes zu bestreichen, die erst dann in den Schornstein hinausgehen. Die Ersparnisse im Verhältnis zu einem Herde werden dadurch erzielt, daß die Flammen in einem Herdfeuer einerseits zu reich in den Kamin abgezogen werden und den Boden des Gefäßes zu wenig umspülen, andererseits, daß das Feuer von dem Boden, bzw. der Herdplatte zu weit entfernt ist. Bei dem sem Kocher wirkt jedoch das Feuer unmittelbar unter dem darauf gestellten Gefäße. Die Nähe des Feuers sowie das Umpülen der Flammen längs des Bodens des Gefäßes bewirken eine vollkommene Ausnützung der in der Kohle eingeschlossenen Wärmeinheiten (Kalorien), wodurch tatsächlich eine Mindestersparnis von 71 % eintritt, wie durch Experimente festgestellt wurde. Wie vorerwähnt, haben Vergleichsversuche ergeben, daß man, um z. B. 3 Liter kalten Wassers in einem Gefäße zum Sieden zu bringen, auf diesem Patentkocher insgesamt 300 g Kohle braucht, während man im besten Spachrd ein Quantum von mindest 5 kg benötigt. Abgehen von dieser Ersparnis ist noch für die Hausfrau das wichtigste Moment, daß diese 3 Liter Wasser in einer auffallend kurzen Zeit, z. B. spätestens in 15 Minuten schon siedend sind. An der Gasrechaudflamme, Spiritusflamme oder am Herde in so kurzer Zeit 3 Liter Wasser zum Sieden zu bringen, ist unmöglich. Als Brennmaterial kann verwendet werden: Holz, Torf, Braunkohle, Steinkohle sowie Koks, auch Absäure, Epäne und Staub. Diese kleinen Ofchen sind in den meisten Eisenhandlungen zu haben.

## Kunstgewerblerin

empfehlte sich zur Anfertigung feiner Handarbeiten (Richelieu, Madeira und Buntstickerei, Reticella und genähten Spitzen) und Handarbeitsentwürfen. Aufträge werden im Modistengeschäft M. Smolnik, Rathausgasse (Prischnova ulica) Nr. 22 übernommen.



## Fräulein

das im Haushalte alles mithelfen kann, wird zu einem 8jährigen Knaben gesucht. Näheres in der Verwaltung dieser Zeitung. 25553



## Nabe bei Cilli in Košnica ist ein kleiner Grundbesitz

Acker, Wiese und Wald, zu verkaufen. Anfrage bei Nasko, Herren-gasse Nr. 24.

## Schreibmaschinen

aller Systeme repariert Udo Borgelt, Benjamin Ipatčeva cesta 18 (Giseistrasse), nächst dem Krankenhause.

**Visitkarten** liefert rasch und billigst  
Vereinsbuchdruckerei Celeja.

# Buchen-Brennholz

zerkleinert in vorzüglicher Qualität zu haben im

## Sägewerk Jarmer

Zustellung ins Haus.

## Zu kaufen oder ganzjährig zu mieten

gesucht wird in Marburg oder in Cilli modern gebautes **Einfamilienhaus** oder **kleinere Villa** (3—4 Zimmer) mit Garten. Wird eventuell auch mit Einrichtung übernommen Uebernahme womöglich sofort. Ausführliche Angebote unter «Einfamilienhaus» an die Verwaltung des Blattes.



## Amtliche Kundmachungen.

Die Uebersetzung dieser Verlautbarungen ist unter den Lokalnachrichten zu finden.

St. 208/20.

Nošnja vojaške uniforme.

## Razglas.

Na podlagi dopisa predsedstva poverjenitva za notranje zadeve v Ljubljani z dne 2. prosinca t. l., št. 12569 pr. ex 19/9, se sledeče razglaša:

V številki 3 uradnega lista doželne vlade za Slovenijo, objavi poverjenitvo naredbo ministra vojsne in mornarice z dne 10. septembra 1919. F. A. o. Br. 111.122, glede nošnje vojaške uniforme.

Proti tistim, ki se zoper to naredbo po razglasitvi pregrešijo, se bo kar najstrožje po zakonu postopalo.

Posebno se bo tudi pazilo, da ne bodo nosili siromasni ljudje, ki jim je radi pomanjkanja obleke in obutvi dovoljena nošnja vojaške uniforme na njih našitkov, zvezdic, vrvic ali drugih znakov za šarže, orožje ali polke. Vsi ti znaki se morajo potrgati.

Mestni magistrat celjaki, dne 13. januarja 1920.

Za vladnega komisarja: Poljanec l. r.